

KRIEG IN DER UKRAINE: WELCHE EINSCHRÄNKUNGEN DEN SUPERREICHEN DROHEN

# „Oligarchen werden nicht verhungern“



**Michael Rochlitz** ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bremen. Viele Jahre hat er in Russland gelebt und arbeitet eng mit Wissenschaftlern der Moskauer Higher School of Economics zusammen.

**Herr Rochlitz, wir schauen mit Bestürzung auf das, was derzeit in der Ukraine passiert. Wie sehr treffen die wegen des Angriffskriegs verhängten Sanktionen Russland?**

**Michael Rochlitz:** Die wichtigste Sanktion ist tatsächlich das Einfrieren des Devisenschatzes. Durch Öl- und Gasexporte hat Russland etwa 500 bis 630 Milliarden Dollar an Reserven aufgebaut, um vor allem wirtschaftlich unabhängiger vom Ausland zu werden. Die Hälfte davon ist angelegt in Wertpapieren an westlichen Handelsplätzen. Durch die Sanktionen kommt Russland da nicht mehr ran. Russland bräuchte das Geld aber, um die jetzt schon einsetzende massive Wirtschaftskrise abzufedern. Das Problem ist, dass das kurzfristig keine Auswirkungen auf die militärische Operation in der Ukraine haben wird.

**Als Wissenschaftler haben Sie sich intensiv mit der russischen Wirtschaft auseinandergesetzt. Von welcher Ausgangslage sprechen wir?**

Vom Ende der 90er-Jahre bis 2008 ist die Wirtschaft in Russland sehr schnell gewachsen – bis zur Finanzkrise. Danach hat man erkannt: So wird es nicht weitergehen, wir müssen reformieren. Unter dem damaligen Präsidenten Medwedew ist versucht worden, einen unternehmerfreundlicheren Kurs zu fahren. Aber dann kam Putin 2012 zurück, und seitdem ist nichts mehr passiert. Seither stagniert die Wirtschaft.

**Woran liegt das?**

Der Hauptgrund sind meiner Ansicht nach die dysfunktionalen politischen Institutionen – insbesondere die Gruppe von Geheimdiensten, die mehr oder weniger die Regierung gekapert hat. Die verstehen einfach nicht, wie eine moderne Volkswirtschaft funktioniert. Dafür braucht es Offenheit und Technologieinnovationen, da muss man mit anderen Ländern zusammenarbeiten. Die Geheimdienstler haben aber noch die Kälter-Krieg-Logik im Kopf. Man muss das, was man hat, gegen ausländische und inländische Feinde verteidigen. Daraus folgt eine massive Kontrolle der russischen Wirtschaft. Es kommt immer wieder zu Plünderungen und Enteignungen von Unternehmen durch die Sicherheitsdienste, mit negativen Auswirkungen auf Investitionen.

**Welche Folgen erwarten Sie jetzt?**

Die Wirtschaft wird durch die massiven Sanktionen hart getroffen. Das positivste Szenario wäre noch, dass die Stagnation sich fortsetzt. Es kann aber durchaus sein, dass es viel schlimmer kommt und wir in diesem Jahr einen massiven Einbruch sehen mit einer Inflation von 20, 30 oder 40 Prozent.

**Denken Sie, dass Wladimir Putin mit solchen Konsequenzen für die Wirtschaft gerechnet hat?**

Er hat auf jeden Fall westliche Sanktionen erwartet. Er hat aber wahrscheinlich nicht damit gerechnet, dass der Westen so geschlossen, schnell und massiv reagiert, weil er ihn als schwach betrachtet. Da hat er sich getäuscht. Trotzdem werden ihn die Sank-



In St. Petersburg hat Gazprom seinen Hauptsitz. Durch Öl- und Gasexporte konnte Russland Reserven aufbauen.

FOTO: YURI KOCHETKOV/DPA

tionen wohl nicht besonders beeinflussen.

**Warum?**

Ich verfolge seit 20 Jahren Putins Reden und seine Interviews. Er war immer ein rationaler Akteur. Wenngleich er viele Dinge gemacht hat, die man nicht unterstützen kann: Aus seiner Sicht machte das alles Sinn und hat seine Position in Russland gestärkt. Putin ist dabei nie ein unkalkulierbares Risiko eingegangen. Dies scheint nicht mehr der Fall zu sein, irgendetwas scheint sich in den letzten Wochen oder Monaten verändert zu haben. Die beiden Reden, die Putin gehalten hat, waren nicht mehr rational, sondern teilweise verwirrt und unzusammenhängend. All seine Wut und seine geschichtlichen Ansichten, die auf Halbwahrheiten beruhen, kamen dabei zutage. In so einem Fall können auch Sanktionen nicht mehr viel bewirken.

**Wie treffen die Eingriffe die Menschen in Russland?**

Das ist das Schlimme daran. Man kann nicht militärisch eingreifen – gerade wenn auf der anderen Seite jemand sitzt, der möglicherweise irrational ist und Atomwaffen hat. Und dann hat man nur diese Möglichkeit der Sanktionen, die aber immer die Bevölkerung am meisten treffen. Die Oligarchen werden nicht verhungern, die haben immer noch genügend Reserven, genauso Putin und seine Leute. Aber Russland ist kein reiches Land.

**Was heißt das genau?**

Knapp ein Viertel der Bevölkerung lebt immer noch unter der Armutsgrenze, wie zum Beispiel viele alte Menschen, die eine ganz kleine Rente haben. Und jetzt stellen Sie sich vor, alles wird plötzlich 40 Prozent teurer. Das ist sehr wahrscheinlich, denn Russland importiert viel, der Rubel ist abgestürzt. In

Großstädten sind die Menschen wohlhabender. In kleinen Städten und auf dem Land ist die Lage dagegen seit Jahren angespannt. Das ist ein Riesendrama, ausgelöst von den Wahnideen eines einzelnen Mannes. Besonders wenn man überlegt, dass Putin als Präsident ja einen Eid geschworen hat, sein Volk zu schützen.

**Sie haben viele Jahre in Russland gelebt. Was hören Sie derzeit aus Russland?**

Das Problem ist, dass die Medien vom Staat kontrolliert werden. In der Fernsehberichterstattung taucht der Krieg als solcher gar nicht auf, sondern wird als eine Militäroperation zur Sicherung des Friedens in der Ukraine beschrieben. Im Fernsehen läuft seit vielen Jahren eine antiwestliche und antiukrainische Propaganda, wonach die Regierung in der Ukraine faschistisch ist und die Menschen in Luhansk und Donezk unterdrückt und getötet werden. Deshalb gibt es in einem Teil der Bevölkerung wahrscheinlich immer noch Zweifel oder sogar Unterstützung für diese Aktion. Meine Kolleginnen und Kollegen in Russland wissen natürlich genau, was passiert, dass hier ein unprovozierter Angriffskrieg angefangen wurde. Ich habe viele Anfragen bekommen, ob es in Bremen nicht Stellen für sie gibt. Viele sagen: „Wir müssen raus aus diesem Land. Das bringt nichts mehr.“

**Die Universität Bremen will die Zusammenarbeit mit russischen Wissenschaftseinrichtungen reduzieren – auch mit der Higher School of Economics.**

Ich persönlich denke, dass das nicht der richtige Weg ist. Denn die Leute, mit denen wir zusammenarbeiten, stehen doch auf unserer Seite. Die sind wahnsinnig verzweifelt, weil der Präsident durchgedreht ist. Diese Menschen sollten wir so gut wie möglich

unterstützen. Die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und auch unser Forschungsteam wollen versuchen, verfolgte Wissenschaftler aus Russland rauszuholen, damit sie hier ihrer Forschung weiter nachgehen können.

**Das Gespräch führte Lisa Schröder.**

ANZEIGE

## USA kündigen Sanktionen an

Wegen des Angriffskriegs gegen die Ukraine hat die US-Regierung Sanktionen gegen zahlreiche russische Oligarchen angekündigt. Die Betroffenen würden den russischen Präsidenten Wladimir Putin „trotz seiner brutalen Invasion in die Ukraine weiterhin unterstützen“, teilte das Weiße Haus am Donnerstag zur Begründung mit. Neben Oligarchen und mehreren von ihren Angehörigen sind von den Sanktionen auch Menschen aus Putins engerem Kreis wie Kremlsprecher Dmitri Peskow betroffen.

Betroffene würden vom US-Finanzsystem abgeschnitten, etwaiger Besitz werde eingefroren, teilte das Weiße Haus mit. „Die Vereinigten Staaten und Regierungen auf der ganzen Welt“ würden daran arbeiten, Vermögenswerte der russischen Eliten und ihrer Familienmitglieder zu identifizieren und einzufrieren. Es gehe dabei um „ihre Yachten, Luxuswohnungen, Gelder und andere unrechtmäßig erworbene Gewinne“. Außerdem kündigte die US-Regierung Einreisebeschränkungen gegen 19 Oligarchen und zahlreiche ihrer Familienmitglieder an.

**Sieben Organisationen auf der Liste**

Das Weiße Haus teilte weiter mit, auf die Sanktionsliste würden sieben russische Organisationen gesetzt, die für „Desinformation“ verantwortlich seien. In diesem Zusammenhang würden Strafmaßnahmen gegen 26 weitere Personen in Russland und der Ukraine verhängt, die wichtige Rollen in diesen Organisationen spielten. Sie verbreiteten Falschinformationen, mit der der Kreml den Einmarsch in die Ukraine rechtfertigen wolle. US-Präsident Joe Biden hatte am Dienstag in seiner Rede zur Lage der Nation bereits zahlreiche Sanktionen gegen Oligarchen aus Putins Umfeld angedroht. Die USA arbeiteten dabei eng mit europäischen Verbündeten zusammen, „um ihre Yachten, ihre Luxuswohnungen und ihre Privatjets zu finden und zu beschlagnahmen“, sagte Biden. „Wir kommen, um ihre unrechtmäßigen Gewinne zu holen.“

DPA

Mitten in Europa herrscht Krieg. Die humanitäre Lage in der Ukraine ist katastrophal. Hunderttausende fliehen vor der Gewalt. Millionen Kinder, Frauen und Männer bangen um ihr Leben und ihre Zukunft.

## #ZeitungenHelfen

**Helfen Sie helfen!**

Die Zeitungen in Deutschland unterstützen das Aktionsbündnis Katastrophenhilfe, das den Menschen in der Ukraine und den Nachbarländern schnelle Nothilfe leistet. Für den Einsatz der Helferinnen und Helfer vor Ort bitten wir um Spenden.

Empfänger:  
**Aktionsbündnis Katastrophenhilfe**  
Spendenkonto:  
**Commerzbank**  
BIC:  
**COBADE33XXX**  
IBAN:  
**DE65 100 400 600 100 400 600**  
Stichwort:  
**ZEITUNGEN HELFEN**

**Online-Spenden:**  
[www.aktionsbueundnis-katastrophenhilfe.de/zeitungen-helfen](http://www.aktionsbueundnis-katastrophenhilfe.de/zeitungen-helfen)

## Wie die Milliarden eingefroren werden sollen

VON HANNES KOCH

Durch die Sanktionen gegen russische Politiker und Unternehmer erhalten nun Vorhaben eine neue Dringlichkeit, die bereits im Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP angelegt sind. Es geht darum, die Kapitalanlage aus kriminellen Geschäften und Steuerhinterziehung hierzulande aufzudecken, zu erschweren und zu verhindern. „Dazu vereinbarte Projekte im Koalitionsvertrag“ müssten „schnellstmöglich umgesetzt“ werden, mahnte Grünen-Fraktionsvize Lisa Paus unlängst.

Informationen über die Herkunft des angelegten Kapitals und seine wirklichen Besitzer spielen eine wesentliche Rolle. Stehen diese den Behörden, im besten Falle auch der Öffentlichkeit zur Verfügung, könnte das nicht nur Geldwäsche vermeiden helfen, sondern auch Sanktionen erleichtern.

Eine Baustelle dabei ist das Transparenzregister. In diese zentrale Datei müssen sich prinzipiell alle juristischen Personen eintragen, etwa Unternehmen, Stiftungen und Investmentgesellschaften samt ihrer so-

nannten „wirtschaftlich Berechtigten“. Das bedeutet, dass die natürlichen Personen genannt werden müssen, die hinter einer Firma stehen. Noch sind diese Angaben teilweise lückenhaft. Teilweise liegt das wohl an einer Übergangsfrist, die bis Ende 2022 reicht, andererseits aber auch an mangelnden Kontrollen durch die Behörden. Im Koalitionsvertrag jedenfalls heißt es: „Wir werden die Qualität der Daten im Transparenzregister verbessern, sodass die wirtschaftlich Berechtigten in allen vorgeschriebenen Fällen tatsächlich ausgewiesen werden.“

**Datenbankgrundbuch im Aufbau**

Ein weiterer offener Punkt ist das Immobilienregister. Paus fordert, es „zeitnah“ einzurichten. Derzeit liegen die Angaben über Grundstücke, Immobilien und ihre Besitzer noch verteilt bei hunderten Amtsgerichten.

Ein bundeseinheitliches Datenbankgrundbuch ist zwar im Aufbau. Die Ampel hat jedoch vereinbart, noch einen Schritt weiterzugehen. „Wir werden das Datenbankgrundbuch mit dem Transparenzregister verknüpfen, um die Verschleierung der wahren

Eigentümer von Immobilien zu beenden“, so der Koalitionsvertrag. Denn „wo die Eigentümer nicht bekannt“ seien, da könne ihr Besitz „nicht eingefroren werden“, begründete Paus im Hinblick auf die Sanktionen gegen russische Politiker und Milliardäre.

Auch international sind ähnliche Bemühungen im Gange. Die Gruppe der großen westlichen Industrieländer (G7) beschloss kürzlich, eine sogenannte Task Force einzuberufen, um das Vermögen von reichen Russen einzufrieren und zu beschlagnahmen. „Wir werden alle russischen Persönlichkeiten ausmachen, die in Frankreich Besitztümer haben und die wegen ihrer Regierungsnähe zu den EU-Sanktionen hinzugefügt werden können“, erklärte auch der französische Wirtschaftsminister Bruno Le Maire.

Die Planungen der Bundesregierung seien ein Schritt in die richtige Richtung, sagte Christoph Trautvetter vom Netzwerk Steuergerechtigkeit der Zeitung Welt. „Wir brauchen eine Sondereinheit aus Zoll, Bundeskriminalamt und Steuerfahndung, deren Aufgabe es ist, Vermögenswerte sanktionierter Personen und Unternehmen aufzuspüren.“

Dies ist ein Spendenaufruf von



**WESER KURIER**

für das Aktionsbündnis Katastrophenhilfe



**AKTIONSBÜNDNIS KATASTROPHENHILFE**